



**Jetzt
oder nie,
Heidemarie!**



Peer, sei fair!



#2/2008

Entschuldigungs-Kurier 6



erlassjahr.de
Entwicklung braucht Entschuldigung

Eil-Aktion zur Doha-Konferenz | Parlamentarierkampagne | Ecuador-Kommission | Finanzmarktkrise | Mitträgersversammlung | Kampagne 2009 | Termine | Millennium Entwicklungsziele



jetzt erhältlich:



10 Jahre
erlassjahr.de

... warum Entschuldigung
weiter gehen muss!



Teil des erlassjahr.de-Infostandes auf der respect Jugendmesse

Inhalt

- 3 ... Eil-Aktion für ein faires und transparentes Schiedsverfahren
- 5 ... Erinnern Sie sich noch?
- 6 ... Der Weg weiter
- 8 ... Entwicklung braucht stabile Rahmenbedingungen
- 10 ... Ecuadors Auditoria-Kommission
- 12 ... Parlamentarierkampagne in der zweiten Halbzeit
- 13 ... Wenn es konkret wird mit illegitimen Schulden
- 14 ... Armut kann einpacken
- 14 ... Neues aus dem Bündnis
- 15 ... Kurz notiert
- 15 ... Termine
- 16 ... Die erlassjahr.de Kampagne 2009
- 16 ... Impressum

Editorial

Liebe erlassjahr.de Interessenten, liebe Mitstreiter und Mitstreiterinnen,

der kurze Sommer 2008 ist vorüber und doch beinhaltet er einige Höhepunkte für das erlassjahr.de Bündnis. In Berlin haben wir ein Gutachten zu illegitimen Schulden vorgestellt (S. 13), die Parlamentariererklärung hat viele neue Unterschriften von Bundestagsabgeordneten bekommen (S. 12) und Ministerin Wieczorek-Zeul hat einen Schattenbericht zu den Millennium Entwicklungszielen in Empfang genommen (S. 14). Und schließlich haben wir uns auch noch ausführlich mit unserer eigenen Arbeit und unseren Zielen beschäftigt - auf der Mitträgersversammlung in Bonn (S. 6). Doch auch der Herbst hat noch einiges zu bieten, bevor sich das erlassjahr.de Büro komplett auf die Kampagne 2009 konzentrieren wird (S. 16). Gerade angelaufen ist unsere Eil-Aktion zur Doha-Entwicklungsfinanzierungskonferenz: schicken auch Sie noch heute eine Postkarte an Finanzminister Steinbrück oder Ministerin Wieczorek-Zeul! (S. 3)

Auch die aktuelle Finanzkrise bleibt natürlich nicht ohne Folgen für die ärmsten Länder der Welt. Auf einem Studientag hat sich das Bündnis ausführlich damit befasst (S. 8).

Das unsere Themen auch in der Weltpolitik eine wichtige Rolle spielen, beweisen der Vorstoß von Barack Obama zu illegitimen Schulden (S. 15) und die Auditoria-Kommission in Ecuador (S. 10).

Gemeinsam mit Ihnen wollen wir uns auch weiterhin für eine gerechtere Welt einsetzen! Mit solidarischen Grüßen aus Düsseldorf,



Ihr und Euer
Björn Lampe





Eilaktion für ein faires und transparentes Schiedsverfahren

Um was geht es?

Keiner hätte damit gerechnet, dass das Schuldenthema auf diese Weise zurückkehren würde: Die US-amerikanische Bankenkrise wuchs sich Ende September zu einer globalen Finanzkrise aus. Und statt wie Ende der neunziger Jahre von Peripherien wie Südostasien, Argentinien, Mexico oder Russland, ging diesmal die Krise unmittelbar vom Zentrum des Weltwirtschaftssystems aus. Und die Frage ist jetzt, ob die Entwicklungs- und Schwellenländer von der Krise in den USA erfasst werden, und ob das, was US-amerikanische Haushalte Familiendidyllen im eigenen Heim bedroht, für Menschen im Süden (wieder mal) zur Existenzkrise wird.

So gesehen hätte die UNO-Nachfolgekonferenz „Financing for Development“ (FfD) in Doha Anfang Dezember zu keinem besseren Zeitpunkt stattfinden können (vgl. S. 4).

Es ist nicht gesagt, ob die Erschütterungen des US-Finanzmarktes in den Ländern des Südens zu mehr als einer Konjunkturabkühlung führen. Denn gerade die großen Schwellenländer wie China, Brasilien, Mexico und Indien haben in den letzten fünf Jahren gewaltige Währungsreserven angehäuft, die ihnen jetzt helfen können, fehlende Exporteinnahmen auszugleichen, und nicht mehr zufließendes Kapital aus dem Ausland zu ersetzen. Andererseits reicht - wie die Financial Times schreibt - zum Beispiel der gerade pleite gegangene US-Versicherungskonzern AIG wie eine Krake bis in die letzten Winkel des globalen Finanzsystems, und inwieweit Firmen-

zusammenbrüche auch in Entwicklungs- und Schwellenländer daraus resultieren, kann noch niemand absehen. Der optimistische Ton vieler Medien in Lateinamerika, man werde diesmal die Krise besser meistern (und endlich habe es mal die Richtigen getroffen), ist möglicherweise etwas voreilig.

Angesagt ist in jedem Fall Regulierung. Noch nie in ihrer Regierungszeit haben die deutsche Bundeskanzlerin und ihr Finanzminister den Kollegen Bush derart rüde abfahren lassen, wie nach US-Finanzminister Poulsen's auch nicht gerade diplomatisch vortragendem Ansinnen, die anderen Industrieländer mögen sich an der Rettung der weltweit agierenden US-amerikanischen Finanzkonzerne beteiligen. Eine ziemlich verkehrte Welt, in der die Protagonisten der ungeschmälernten Marktsoveränität die größte Staatsintervention seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion propagieren, und die Vertreter des regulationsaffinen „Rheinischen Kapitalismus“ sich nicht dafür erwärmen können, den schlechten privaten Geldern gutes öffentliches Geld hinterherzuwerfen. Regulierung ist jedenfalls das Wort der Stunde. Die Bundeskanzlerin sammelt damit Sympathiepunkte bei den VW'lern in Wolfsburg und erklärt lieber nicht so genau, was sie damit meint.

Wir wissen sehr genau, was wir im Interesse verschuldeter Staaten im Süden unter Regulierung verstehen: Die bislang ungebrochene Fähigkeit der Gläubiger, Schuldner zu diktieren, ob, wann, wieviel und unter welchen

Umständen sie Erleichterungen von untragbaren Schuldenlasten erhalten können, muss durch ein rechtsstaatliches Entschuldungsverfahren ersetzt werden, bei dem nicht eine Seite Richter in eigener Sache ist.

So etwas hatte auch die Financing-for-Development Konferenz 2002 in Monterrey schon einmal angeregt. Im damaligen Konferenz-Englisch hieß das „orderly debt workout mechanism“. erlassjahr.de und andere Nichtregierungsorganisationen hatten im gesamten FfD-Prozess und schließlich auch bei der Konferenz in Monterrey selbst für die Aufnahme dieses Textes in das Schlussdokument gestritten - und Erfolg gehabt. Allerdings verstand die diplomatische Welt damals unter einem „ordentlichen Entschuldungsverfahren“ weniger das von uns vorgeschlagene faire und transparente Schiedsverfahren, sondern die vom IWF damals in die Diskussion gebrachte Variante (genannt SDRM). Die hatte den kleinen Schönheitsfehler, das der IWF einige entscheidende Positionen im Verfahren der Einfachheit halber mit sich selbst besetzt hatte.

Nicht besonders fair und transparent in unseren Augen.

Im aktuellen, von den Regierungen Norwegens und Ägyptens gemeinsam erstellten, Textentwurf für die Abschlusserklärung der FfD-Nachfolgekonferenz in Doha steht dieser Begriff „orderly debt workout mechanism“ wieder.

Interessanterweise sind es wieder die Amerikaner, welche gerade ihren eigenen Banken mit 700 Mrd. US-\$

beigesprungen sind, die unter Hinweis auf die notwendige Freiheit des Marktes solche ansatzweise rechtsstaatlichen Verfahren für verschuldete Staaten im Süden vehement ablehnen. Und in ihrem Gefolge Japaner und Kanadier. Die G77, der Zusammenschluss der Entwicklungs- und Schwellenländer in der UN unterstützt hingegen den entsprechenden Paragraphen 46 in der Erklärung vehement. Die EU weiss noch nicht, wofür sie eigentlich ist, aber auf ihre Haltung wird es bei dieser Konstellation entscheidend ankommen. In einem „Non-Paper“ hat die EU-Kommission der europäischen Delegation eine Entschärfung des Paragraphen nahegelegt: Neue Verfahren sollen nur angestrebt werden, wenn unbedingt notwendig (wer weiss, wann das wäre). Außerdem sollen der Pariser Club (das Gläubigerkartell schlechthin) und die Internationalen Finanzinstitutionen (IWF und Weltbank) entscheidende Rollen in einem reformierten Verfahren spielen. Viel eindrucksvoller ist noch kein Bock je zum Gärtner gemacht worden.

Die deutsche Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul ist Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs für den FfD-Prozess und schon deshalb in der EU-Abstimmung in einer besonderen starken Position. Sie hat immer wieder öffentlich erklärt, dass sie ein unparteiisches Insolvenzverfahren für Staaten für eine gute Idee hält. Und die Beschlusslagen ihrer Partei und Fraktion sind an diesem Punkt auch ziemlich eindeutig. Aber, so ließ sie erlassjahr.de kürzlich wissen, dafür bekomme man doch keine Mehrheit, und man solle sich lieber auf andere Regelwerke konzentrieren.

Der Satz war schon vor der US-Finanzkrise nicht besonders richtig. Jetzt, da selbst die Bundeskanzlerin und der Finanzminister öffentlich Regeln für globale Finanzströme fordern, ist er geradezu anachronistisch.

Jetzt oder nie, Heidemarie!

Jürgen Kaiser

Hintergrund



Was ist die Doha-Konferenz?

Vom 29. November bis 2. Dezember 2008 findet in Doha, der Hauptstadt des Arabischen Emirats Katar, die zweite **Weltkonferenz der UN über Entwicklungsfinanzierung** (Financing for Development, FfD) statt. Auf ihr sollen die Regierungen über neue Finanzierungsinitiativen entscheiden, um die dringend benötigten Mittel zur Verwirklichung der Millennium Entwicklungsziele zu mobilisieren. Das wichtigste Millennium Entwicklungsziel ist, bis zum Jahr 2015 den Anteil der in absoluter Armut lebenden Menschen zu halbieren.

Im ersten Entwurf des Abschlussdokumentes der Doha-Konferenz, welches Anfang August 2008 erschienen ist, findet sich auch ein Abschnitt zum Themenbereich Schulden. In Paragraph 46 des Abschlussdokumentes wird ein sogenannter „*sovereign debt work-out mechanism*“ angestrebt. Das von erlassjahr.de geforderte faire und transparente Schiedsverfahren ist ein solcher Mechanismus. Erfahrungsgemäß werden in den Regierungsverhandlungen über den ersten Entwurf solche innovativen Vorschläge abgeschwächt oder ganz entfernt. erlassjahr.de setzt sich dafür ein, dass dieser Paragraph nicht mehr geändert oder gar aus dem Abschlussdokument gestrichen wird. Dafür brauchen wir auch Ihre Unterstützung!

Was genau Sie tun können, steht auf der Folgeseite!

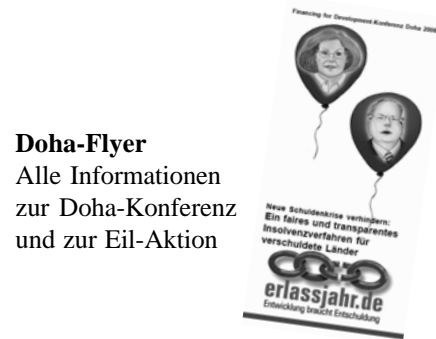
Mehr Infos zur Konferenz finden Sie unter:

<http://www.un.org/esa/ffd/>

Materialien

Zur Eil-Aktion, der Doha-Konferenz und natürlich zum fairen und transparenten Schiedsverfahren hält erlassjahr.de einige Publikationen bereit, die jederzeit im Büro bestellt werden können.

Eine E-Mail an buero@erlassjahr.de oder ein Anruf unter 0211 46 93 196 genügen!



Doha-Flyer
Alle Informationen zur Doha-Konferenz und zur Eil-Aktion



FTAP-Flyer
Ausführliche Informationen zum fairen und transparenten Schiedsverfahren



Das **Handbuch Entschuldung fairändern** informiert ausführlich über FTAP und die Schuldenkrise



Die **Aktionspostkarten** fordern die Minister Wieczorek-Zeul und Steinbrück zum Handeln auf

Jetzt aktiv werden!

Setzen Sie sich jetzt im Rahmen der Eil-Aktion für ein faires und transparentes Insolvenzverfahren für verschuldete Länder ein. Das können Sie konkret tun:

- **Besuchen Sie unser Aktionsportal unter www.erlassjahr.de/aktionen/ftap - dort können Sie virtuelle Postkarten an Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul und Finanzminister Peer Steinbrück versenden**
- **Bestellen Sie unsere Aktions-Postkarten im erlassjahr.de-Büro (Tel.: 0211 46 93 196 oder buero@erlassjahr.de) und verteilen Sie diese an Freunde und Bekannte!**
- **Senden Sie 'echte' Postkarten über das Internet an die Minister. Alle Infos dazu unter www.erlassjahr.de/aktionen/ftap/ahaoho-postkarten.html**
- **Kontaktieren Sie Ihre(n) Bundestagsabgeordnete(n) und sprechen Sie ihn/sie auf die Doha-Konferenz und ein internationales Insolvenzverfahren an. Organisieren Sie – falls möglich – eine Podiumsdiskussion mit den Abgeordneten.**

Bei allen Fragen oder falls Sie Unterstützung benötigen, können Sie sich gerne jederzeit an das erlassjahr.de Büro wenden. Wir schicken Ihnen alle Materialien schnellstmöglich zu. Aktuelle Informationen gibt es auch immer auf unserer Internetseite.

Insbesondere ein Gespräch mit einem Bundestagsabgeordneten kann großen Einfluss haben. Zwar sind die Abgeordneten bei der Doha-Konferenz im besten Fall Beobachter, aber

in Bezug auf ein faires und transparentes Insolvenzverfahren, haben sie einen deutliche größeren Einfluss. Sie können einen Antrag zum Thema im Bundestag stellen, sich direkt mit den zuständigen Ministern besprechen und so Einfluss auf die deutsche Position in der internationalen Abstimmung nehmen.

Und wie viel mehr Einfluss ein persönliches Gespräch (oder eine Podiumsdiskussion) mit einem Bundestagsabgeordneten haben, zeigen auch jüngste Recherchen aus Australien: demnach hat ein Anruf im Büro eines Abgeordneten in etwa so viel Einfluss wie 100 an ihn/sie gesandte e-mails. Und ein Besuch bzw. Gespräch ist so wirkungsvoll wie 100 Anrufe. Somit können Sie mit einer Podiumsdiskussion oder einem persönlichen Gespräch genauso viel Einfluss auf den Abgeordneten ausüben wie sonst 10.000 e-mails hätten.

Dies soll Sie jedoch in keinem Fall davon abhalten unsere Postkarten per Post oder Internet zu versenden, schliesslich kommt es hierbei auch auf die Masse an: Tausende von Postkarten und Mails fallen eben doch auf und zeigen, dass in der Bevölkerung ganz offensichtlich ein gesteigertes Interesse für ein spezifisches Thema vorhanden ist. Über 10.000 Postkarten haben wir deshalb schon an Interessenten und Mitträger verteilt und hoffen, dass diese und noch viele weitere verschickt werden.

Schliessen Sie sich daher jetzt dieser Aktion an und werden Sie aktiv!

Neues Handbuch Illegitime Schulden

Voraussichtlich Ende November erscheint das neue Handbuch Illegitime Schulden. Auf 64 Seiten werden dabei alle Facetten des Themas beleuchtet und aktuelle Beispiele gelistet.

Das Handbuch kann ab sofort im erlassjahr.de Büro vorbestellt werden



Erinnern Sie sich noch?

Am 19. Juni 1999 wurde ganz Köln zu erlassjahr-Stadt: an diesem Tag bildeten über 40.000 Demonstranten eine riesige Menschenkette, die die Staats- und Regierungschefs der G8 umzingelte. Selbige hielten zeitgleich ihren G8-Gipfel ab und sahen sich plötzlich mit Tausenden von erlassjahr Regenbogenschals und 17 Millionen Unterschriften für faire Finanzbeziehungen zwischen den ärmsten und den reichsten Ländern der Welt konfrontiert. Aus allen Teilen Deutschlands und sogar aus ganz Europa waren die Demonstranten angereist und so wurde aus der politischen Meinungsäußerung gleichzeitig auch ein buntes und fröhliches Volksfest. Und zwar eines, das zusätzlich auch noch erfolgreich war: die G8-Staaten beschlossen damals die Modifizierung der Entschuldungsinitiative HIPC und ermöglichten damit die Entschuldung von 41 armen Ländern. Dass mit diesen Beschlüssen das Problem nicht gelöst war, haben die Folgejahre bewiesen. Gleichzeitig war die Menschenkette von Köln aber auch indirekt der Startschuss für das erlassjahr.de-Bündnis.

Grund genug also auf diesen ereignisreichen Tag nach 10 Jahren zurückzublicken und ihn gebührend zu feiern! erlassjahr.de plant daher am Samstag, den **20. Juni 2009**, wiederum in Köln, eine stattliche Jubiläumsfeier. Halten Sie sich diesen Termin schon jetzt frei und kommen Sie nach Köln. Ausführliche Informationen erhalten Sie im kommenden Jahr. Wir freuen uns auf viele alte und neue Gesichter - und auf eine fröhliche Party!



Bündnisrat und Lenkungskreis auf der MTV

Der Weg weiter

Bericht zur Mitträgersversammlung 2008

Etwa zwei Wochen vor Beginn der jährlichen Mitträgersversammlung breitet sich im Düsseldorfer Erlassjahrbüro eine spürbare Nervosität aus. „Was, nur 20 Anmeldungen, hoffentlich geht das gut!“ Es ging nicht nur gut. Mehr als 40 kamen, und, was alle erfreute, es waren neue und auch junge Gesichter dabei.

Es ist schon Tradition, dass der Politische Koordinator Jürgen Kaiser aus dem unermesslichen Schatz von Fakten, Zahlen, Statistiken und Tabellen für die erwartungsvolle Klientel ein erstes *hors d'oeuvre* serviert. Während der Zahlensalat im letzten Jahr sich für so manchen ungewohnten Magen als schwer verdaulich erwies, servierte er diesmal unter dem Motto „Die neue Landkarte der Verschuldung“ eine multimediale Vorspeise, die alle genüsslich aufnahmen. Die älteren Semester erinnern sich noch an den Entschuldungs-Kultfilm „Verschuldung – eine Ansichtssache“. Er wurde zunächst in seiner Originalversion gezeigt und dann bei einer zweiten Show dort angehalten, wo Jürgen veränderte Tatsachen und neue Fakten einfügen konnte. Und davon gibt es einige:

- 28 HIPC Länder und einige Nicht-HIPCs sind massiv entschuldet worden für die beträchtliche Summe

von geschätzten 138 Milliarden Dollar. Und daran ist nicht nur die Kölner Kette, sondern auch die langjährige Kampagnenarbeit der Aktivisten weltweit und die kompetente Lobbyarbeit des erlassjahr.de Büros nicht ganz unschuldig.

- nicht so erfolgreich war erlassjahr.de mit unserem Ziel, ein internationales Insolvenzrecht politisch schmackhaft zu machen. Da aber die nächste Schuldenkrise vor der Tür steht, steht es nun zumindest wieder auf der Tagesordnung.

Eine Jahresversammlung ist Gelegenheit, die Mitträger über die Aktivitäten zu informieren und Schwerpunkte für die Zukunft festzulegen. Peter Lanzet gab den Rechenschaftsbericht für den Lenkungskreis. Es ist immer wieder erstaunlich, auf wie vielen Ebenen erlassjahr.de sich in der Diskussion um das Schuldenthema einbringt. Jürgen jettet nach Ecuador und wühlt mit einer Auditkommission in den Akten nach Spurenelementen von illegitimen Schulden, um wenig später den Global Fund in puncto Schuldenkonvertierung in Gesundheitsprojekten zu beraten. Hartmut ringt mit Bundestagsabgeordneten um eine Unterschrift unter die Parlamentariererklärung. Unserem neuen

Kampagnenmanager Björn Lampe merkt man an, dass er in der Welt der elektronischen Medien zu Hause ist. Er zeigte auf der Leinwand, wie er in kurzer Zeit erlassjahr.de in der Welt der Medien des 21. Jahrhundert präsent gemacht hat - sowohl auf unserer Webseite als auch mit einem pfiffigen elektronischen Newsletter. Kristina Kühnes Büroarbeit ist im Vergleich vielleicht nicht so sichtbar, aber um so notwendiger als unsere Finanzlage prekär ist. Als Verantwortlicher für die Finanzen im Lenkungskreis erläuterte Francesco Oddone die Situation, mahnte zu Sparmaßnahmen und forderte eine Verbesserung der finanziellen Basis. Gemeinsam verabschiedeten die Mitträger daraufhin den neuen Haushalt.

Die Frage nach der Zukunft des Bündnisses hat die Mitträgersversammlung schon mehrmals beschäftigt. Ressourcen werden geringer, Mitträger weniger zahlreich und andere Mitträger sind oftmals schwerer zu motivieren. Sollte erlassjahr.de – so ein Vorschlag der Regionalkoordination Rhein/Main – sich nicht neu strukturieren und langsam von einem Bündnis zu einer Fachstelle mutieren? Die Diskussion war heiß und gute Argumente auf beiden Seiten vorhanden. Am Ende wollte doch die große Mehrheit trotz aller Schwierigkeiten

den Bündnischarakter von erlassjahr.de und seine zukünftige Kampagnenfähigkeit nicht aufgeben. Mit 800 Mitträgern ist Erlassjahr immer noch das größte entwicklungspolitische Bündnis im Land.

Auch inhaltlich gibt es noch immer viel zu tun: trotz aller Erfolge ist das Schuldenproblem keineswegs gelöst. Im Gegenteil: eine neue Schuldenkrise steht ins Haus und wir wollen gewappnet sein, wenn sie kommt. Viele Themen wie z.B. illegitime Schulden, ja auch die Notwendigkeit eines internationalen Insolvenzrechts gewinnen an politischer Relevanz, und es wäre nicht opportun, den öffentlichen Druck zu vermindern. Trotzdem braucht erlassjahr.de nach 10 Jahren eine Erneuerung. Und so wurde be-



Auf der Mitträgerversammlung in Bonn

geschlossen, eine externe Evaluierung des Bündnisses durchzuführen. Eine eigene Arbeitsgemeinschaft wird das Projekt in die Wege leiten.

So sinnvoll eine strukturelle Erneuerung ist, wichtiger ist es, unsere Arbeit inhaltlich den Herausforderungen und Möglichkeiten der sich verändernden politischen Landschaft anzupassen. Dies war Aufgabe von vier Arbeitsgruppen:

- Schulden sind immer noch ein brennendes Problem für alle Betroffenen, aber es ist nicht weit oben auf der politischen Agenda. Andere Themen beherrschen die Schlagzeilen. Und so beschäftigte sich eine Arbeitsgruppe mit „Bindestrichthemen“ - Themen wie Klimawandel oder Energie- und Nahrungsmittelpreise. Festgehalten wurden am Ende folgende Themen, deren Relevanz für die Schuldenfrage in Zukunft weiter geklärt werden soll: bereits im März fand ein interessanter Studientag über

„Klima und Schulden“ statt. Das Thema verdient vertieft zu werden. Ein weiteres höchst aktuelles Thema sind die steigenden Nahrungsmittelpreise. Ein Studientag im kommenden Jahr soll mehr Licht werfen auf die Verknüpfung von Nahrungsmittelkrise und Verschuldung. Auch soll sondiert werden wo gemeinsame Schnittmengen mit Gruppen sind, die zu diesen Themen arbeiten.

- Eine weitere Gruppe begann mit Björn ein Brainstorming zu neuen Zielgruppen, über mögliche Kampagnen für 2009 und Aktionsformen, die gleichzeitig neue Mitglieder und Interessenten anziehen sollen. Es fehlte nicht an Ideen und Vorschlägen, die Björn inzwischen weiterent-

wickelt hat und die in dieser Ausgabe des Kampagnenkurier schon kurz skizziert werden (siehe S. 16).

- eine dritte Gruppe hatte keinen „Bindestrich“ im Thema, sondern beschäftigte sich mit unserem Kerngeschäft: den Finanzmärkten und den Kriterien für verantwortliche Kreditvergabe. Ein Thema, das angesichts einer neuen Schuldenkrise auch in der Politik an Gewicht gewinnt. Vorbeugen ist halt besser und billiger als Heilen.

- eine weitere Gruppe vertiefte sich in das weiterhin aktuelle Thema illegitime Schulden, zu dem ein neues Handbuch in Vorbereitung ist.

Was die Gruppen erarbeitet hatten, wurde im Plenum kurz vorgestellt und wichtige Anmerkungen zur Orientierung der weiteren Arbeit des Bündnisses getroffen.

Bei der Vorbereitung der Mitträgerversammlung steht der Lenkungskreis

immer vor dem Dilemma der Zeit. Ein langes Wochenende kann abschrecken, eine Mini-MTV die von weit Anreisenden entmutigen. Die diesjährige MTV war ein Kompromiss. Die Versammlung selbst dauerte nur zwei halbe Tage, war aber gefolgt von einer Bündnisratklausur, zu der aber alle eingeladen waren, was die meisten auch nutzten. Dort wurde dann im Detail diskutiert, wie die Orientierungen und Beschlüsse der MTV konkret umzusetzen sind.

Die Krönung jeder MTV ist die Wahl eines neuen Bündnisrates nach den traditionell vier bewährten „Säulen“: evangelisch – katholisch – bunt – Fachorganisationen. Der Bündnisrat wählt dann den Lenkungskreis, in dem es zwei neue Gesichter gibt: Martin Haasler und Sr. Ursula-Maria v. Tils. Allen scheidenden Räten und Lenkern wurde gebührend für ihren Beitrag gedankt.

Irgendwann gibt es immer noch eine kuriose Amtshandlung. Unter der erfahrenen Leitung von Matthias Woiwode verwandelte sich der Bündnisrat kurzerhand in die Mitgliederversammlung des Erlassjahr e.V., macht aus dem Lenkungskreis einen Vorstand; alles nur, um den Vereinsvorschriften von Vater Staat Genüge zu tun.

2008 war die MTV in die erste Jahreshälfte vorgezogen worden. 2009 wird sie wieder im Herbst stattfinden. Das Datum steht auch schon fest: 6.-8. November 2009. Das gibt allen Aktiven einen größeren Zeitraum, die „neuen“ Themen zu vertiefen und die Kampagne für 2009 gut vorzubereiten und umzusetzen. Die MTV hat dafür neue Energien und Visionen freigesetzt.

*Wolfgang Schonecke
(Mitglied des Lenkungskreis)*



Entwicklung braucht stabile Rahmenbedingungen

Studientag in Frankfurt zu den Auswirkungen der Finanzmarktkrisen auf die Entwicklungsländer

Unter dem Motto „Vom Regen in die Traufe“ hat die Erlassjahr-Regional-Koordination Rhein-Main am 13. September einen Studientag im Haus am Dom veranstaltet, zu dem sie gemeinsam mit den Bistümern Limburg und Mainz, dem Akademischen Zentrum Rabanus Maurus, Pax Christi, dem Zentrum Ökumene der Evangelischen Landeskirche in Hessen und Nassau und der Informationsstelle Peru in Freiburg eingeladen hat. Auf der Tagesordnung stand eine kritische Sichtung, inwieweit sich in 10 Jahren Kampagnen- und Bündnisarbeit von Erlassjahr und anderen Akteuren die Finanzierung von Entwicklungsvorhaben in Ländern des Südens verbessert haben. Konnte mit der Verschuldung ein zentrales Entwicklungshemmnis wirklich aus dem Weg geschafft werden? Welche Erfolge haben die Schuldenerlasse der G8-Länder der letzten Jahre zu verbuchen?

Sind die Rechte zwischen Schuldner und Gläubigern bei verschuldeten Staaten neu und gerechter verteilt? Und welche neuen Akteure auf den globalen Finanzmärkten bestimmen heute die Finanzierung von Entwicklungsmaßnahmen?

Um das Ergebnis vorwegzunehmen: die fast 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung fühlten sich ermutigt, sich auch schwierigen und komplexen Sachverhalten zu stellen. erlassjahr.de-Koordinator Jürgen Kaiser und Peter Wahl von WEED gelang es, das Latein der Finanzbürokraten in eine verständliche Sprache

zu übersetzen und die globalen Zusammenhänge auf den Punkt zu bringen.

Jürgen Kaiser stellte dar, dass die 127 Mrd. US-Dollar Schuldenerlass in 23 HIPC-Ländern Fortschritte im Schulwesen oder Gesundheitssektor ermöglicht haben. Vor allen Dingen die Schuldendienstquote dieser Länder konnte auf das Maß von etwa 5 % reduziert werden. Dieser Wert war vor 10 Jahren als historischer Wert der

setzung) stehen sich gekonnt aus der Verantwortung, an der Entwicklungsfinanzierung der Schuldnerländer mitzuwirken. Das Missverhältnis hat auch die Bundesregierung erkannt, wenn man Finanzminister Steinbrück folgt, der feststellt: „Wir haben die Ärmsten nicht entschuldet, damit andere Gläubiger Profit daraus ziehen“. Hätten die Regierungen, z.B. beim G8-Gipfel in Heiligendamm, konsequent die Schlupflöcher für Geierfonds, Geschäftsbanken und private Gläubiger geschlossen oder etwa das Rahmenwerk eines internationalen Insolvenzverfahrens geschaffen, wären diese Misserfolge heute nicht derart eklatant.

Neue Rolle der Schuldnerregierungen

In der veränderten Finanzlage fällt der Schlüssel für zukünftige Schuldenregulierungen in größerem Maße den

Regierungen der Schuldnerländer in die Hand. Neue Akteure auf dem globalen Kreditmarkt, die nicht dem Pariser Club angehören wie z.B. China, aber auch private Geschäftsbanken, entdecken zunehmend entschuldete Länder auf dem afrikanischen Kontinent als Geschäftspartner wieder, die sich somit neu verschulden. Offene Schuldforderungen werden dann nicht mehr im Pariser Club der Gläubigerregierungen verhandelt, sondern in direkter Verhandlung zwischen Gläubiger und Schuldnerregierung. Ob sich die Abhängigkeiten für die Schuldnerregierung vom Gläubiger verringern, ist fraglich, aber sie



Beim Studientag in Frankfurt/M.

Deutschen Nachkriegsentschuldung die gesetzte Messlatte von erlassjahr.de. Das Londoner Schuldenabkommen von 1953 hat in Deutschland gezeigt, dass eine Schuldendienstbelastung von etwa 5% tragfähig ist und eine prosperierende Entwicklung ermöglicht. Betrachtet man die Gläubiger im Einzelnen wie diese einen Schuldenerlass umsetzen, ist festzustellen, dass die öffentlichen Gläubiger (Regierungen, IWF, Weltbank) ihre Ankündigungen bis zu 100 % für die genannten Länder erfüllt haben. Länder, die jedoch nicht dem Pariser Club angehören (54 %) und kommerzielle Geschäftsbanken (nur 6 % Um-

gewinnt Oberhand in Bezug darauf, welchem Gläubiger sie den Vorzug der geringen Rückzahlung zu gewähren gedenkt. Ein Risiko zukünftiger Insolvenzen lässt sich daran ablesen, dass zunehmend Hermes-versicherte Exportgeschäfte, z.B. nach Mosambik, Kamerun oder Ghana erfolgen, von denen nicht immer eine 100%ige Zahlungssicherheit erwartet werden kann. *erlassjahr.de* blickt mit verhaltener Hoffnung auf die UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Doha im Dezember 2008. Dort ist im Entwurf des Schlussdokumentes ein rechtstaatliches, internationales Insolvenzverfahren vorgeschlagen, das Mediation und Verhandlung unter den Kreditparteien explizit vorsieht (siehe S.3/4). Die Lastenverteilung zwischen Gläubiger und Schuldner würde hiermit auf UN-Basis erstmalig auf eine gemeinsame Basis gestellt. Bleibt zu hoffen, dass die Deutsche Delegation die angekündigte pro-aktive Haltung des Entwicklungsministeriums wirklich einbringt und durchsetzt.

Stabile Rahmenbedingungen machen Entwicklung möglich

Peter Wahl, Mitarbeiter von WEED und attac, wies in seiner Analyse darauf hin, dass für die Entwicklung eines Landes insbesondere stabile und vorausschauende wirtschaftliche Rahmenbedingungen notwendig sind. Die Instabilität der Finanzmärkte, die Verteilung der Gelder und deren fehlende demokratische Kontrolle sind für die Entwicklungsfinanzierung die drei größten Problemfelder. Die Finanzmärkte sind durch die Freigabe der Wechsel- und Wertpapierkurse und durch Spekulationsgeschäfte den Schocks und Krisen mit hoher Anfälligkeit frei ausgesetzt. Dies führt dazu, dass über Nacht durch Kursverluste große Finanzkrisen ausgelöst werden. Von 2 Billionen US-Dollar, die täglich an den Börsen angelegt werden, sind zudem nur 3% direkt mit realwirtschaftlichen Prozessen verknüpft. Die weiteren 97% suchen nach kurzfristigem Profit. Zwar seien Entwicklungsländer keine

großen Anleger, dennoch aber Leidtragende, wenn sich die Preise für Nahrungsmittel oder Öl deutlich erhöhen. In Haiti oder Kamerun hat das bereits zu Hungerrevolten geführt. Entwicklungsländer haben 20% ihres potentiellen Wachstums bereits durch Finanzkrisen der letzten Jahre verloren.



Die New Yorker Börse an der Wall Street

Zu den Gewinnern der Finanzflüsse gehören die afrikanischen High Net Worth Individuals (HNWIs). So heißen im Insiderjargon Personen, deren Netto-Kapitalvermögen sich auf 1 Mio. US \$ aufwärts beläuft. Das weltweit höchste Wachstum an HNWIs hat Afrika. Neben dem Rohstoffboom ist es vor allem die zunehmende Nutzung der internationalen Finanzmärkte, die die rasante Steigerung ermöglicht. Während die steigenden Nahrungsmittel- und Ölpreise in Kamerun Revolten auslösen, haben die Anleger Afrikas 126 Mrd. US \$ auf den Finanzmärkten angelegt. Dagegen belief sich die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe an Subsahara Afrika (ODA) im gleichen Zeitraum auf lediglich 26 Mrd. US-Dollar. Steueroasen, wie die Cayman Islands, aber auch London oder Liechtenstein unterstützen die Kapitalflucht und Steuervermeidung in Ländern, die dieses Geld dringend für ihre eigenen Entwicklungsprozesse bräuchten. Die unregulierten Finanzmärkte sind Motor der Globalisierung, entbehren aber jeglicher demokratischer Kontrolle und werden de facto zur 5. Gewalt im Staat bzw. in der Weltpolitik.

Nach intensiver Workshoparbeit wurde den Teilnehmern deutlich: Man

kann nicht einerseits über Verarmung reden und andererseits über Bereicherung schweigen. So will sich *erlassjahr.de* auch künftig für eine gerechte Lastenverteilung zwischen Arm und Reich, zwischen Schuldner und Gläubiger einsetzen. Die zur Doha-Konferenz im Dezember geplante Postkartenaktion an Finanzminister Peer Steinbrück und Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul ist dazu ein praktischer Schritt vor Ort. Interessant erscheint aber auch, mit Partnerbewegungen im Süden gemeinsam zu überlegen, wie die Regierungen der Schuldnerländer dazu befähigt und begleitet werden können, ihre neue Rolle im Schuldenmanagement so wahrzunehmen, dass genug Geld bleibt für Schulbesuch, Gesundheitsdienste und Kleinproduzierende im Land.

erlassjahr.de als systemkritische Bewegung zielt darauf ab, im Kontext der Doha-Konferenz das faire, transparente Schiedsverfahren zur Schuldenregulierung aus dem Winterschlaf zum Frühlingserwachen zu bringen. Schuldnerregierungen sollen ermutigt werden, rechtsstaatliche Regelwerke einzufordern, die ihnen Gewissheit in der Schuldenregulierung geben können. Auch für Bündnisse wie *erlassjahr.de* ist es wichtig, sich thematisch zu öffnen und über das Schulden-thema hinaus die globale Reichtumsdebatte mitzuführen.

Kreative Ideen für die praktische Aktion unter dem eigenen Kirchturm hat der Studentag nicht entwickelt. Erreicht hat er aber die Vergewisserung, auf welche Wertmaßstäbe und Ziele es ankommt, dass die Chancengleichheit und Lastenverteilung weltweit in eine gerechte Balance kommen muss. Den Schlüssel dazu trägt *erlassjahr.de* in seinem Namen: die Grundsätze des biblischen Schuldenerlasses nach Leviticus.

Winfried Montz
(Regionalkoordinator Rhein/Main)

Die illegitimen Schulden und das wirkliche Leben: Ecuadors Auditoria-Kommission

Ecuador ist ein kleines, nicht selten übersehenes Land in Lateinamerika. In den letzten einhalb Jahren aber stand es oft im Mittelpunkt des weltweiten Medieninteresses. Denn das kleine Land hat die Regierungen reicher Gläubigerländer, multilaterale Finanzinstitutionen und die internationalen Kapitalmärkte angstvoll fragen lassen, ob es wohl auch künftig seine Auslandsschulden von 10,97 Mrd. US-\$ bedienen werde.

Ursprung dieser Befürchtungen war die Gründung der weltweit ersten regierungsoffiziellen Rechnungsprüfungskommission über die Auslandsschulden („Auditoria“). Ricardo Patiño, ehemaliger Finanzminister und Gründungsmitglied der ecuadorianischen Erlassjahr-Bewegung, hatte die Initiative gestartet

und angekündigt, sie werde sich nicht auf eine finanztechnische Überprüfung der Schulden beschränken, sondern alle relevanten rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Faktoren berücksichtigen, welche zum Aufbau illegitimer Schulden im Land beigetragen haben. Die Kommission muss auch die sozialen und wirtschaftlichen Schäden, welche die Kreditaufnahmen unter der Bevölkerung bewirkt haben, in den Blick nehmen. Minister Patiño gab der Kommission ein Jahr, um die einzelnen Kreditverträge zu überprüfen, darunter solche mit den bilateralen öffentlichen Gläubigern, die Abkommen mit dem Pariser Club, Anleihen und multilaterale Kredite. Am Ende sollte eine detaillierte Analyse auf der Grundlage von rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen und Umweltsichtspunkten stehen.

Die „Comisión para la Auditoría Integral del Crédito Público“ (CAIC) setzt sich aus internationalen Expert/innen in den Bereichen Verschuldung, Wirtschaft, soziale und Umweltbewegungen zusammen. Die Autor/

innen gehören ihr als internationale Mitglieder an.

Ecuadors Kommission ist die erste ihrer Art und als solche ein spannender Präzedenzfall für andere verschuldete Länder im Süden. Von Bürger/innen selbst organisierte Auditoría-Prozesse hat es schon in einer Handvoll weiterer Länder gegeben, wie z.B. Brasilien und auf den Philippinen. Aber die konnten nur mit den Möglichkeiten von sozialen Bewegungen Kirchen, Gewerkschaften und

scheidung zwischen legitimen und illegitimen Schulden. Das ist eine andere Frage als die nach Legalität versus Illegalität, Kategorien die gegebenenfalls durch ordentliche juristische Verfahren geklärt werden können. Das Konzept der illegitimen Schulden ist demgegenüber breiter und zweifellos auch subjektiver.

Nehmen wir zum Beispiel einen Kredit, welcher zu einem leidlich erfolgreichen Projekt führte, bei dem aber der Schuldner gezwungen

wurde, kreditfinanzierte Importe aus dem Land des Gläubigers zu tätigen. Diese Importe lagen ein Stück über den Weltmarktpreisen, und man hätte sich auch aus der Sicht des Projekts geeignetere Waren und Dienstleistungen



Demonstranten während eines Besuchs der Kommission auf dem Land

anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen rechnen. Vor allem war ihre Zugang zu regierungsamtlichen Dokumenten sehr begrenzt. Demgegenüber arbeitete die ecuadorianische Kommission auf der Grundlage eines Dekrets des Präsidenten. Zu den Buchprüfern gehörten Staatsangestellte ebenso wie externe Experten. Ihnen wurde umfassender Zugang zu den Archiven des Staates ermöglicht. Das hat der Arbeit der Kommission einen gewaltigen Schub gegeben, denn wir waren in der Lage, auf der Grundlage von Originaldokumenten zu arbeiten.

Warum aber mussten die Auslandsschulden überhaupt untersucht werden? Präsident Rafael Correa wurde Ende 2006 in sein Amt gewählt. Zwei wichtige Argumente, ihn zu wählen, war für die Ecuadorianer/innen seine Versprechen, ein umstrittenes Freihandelsabkommen mit den USA nicht zu unterzeichnen und die Auslandsschulden des Landes von 10,97 Mrd. US-\$ zu reduzieren.

Eine der schwierigsten Fragen in der Arbeit der Kommission ist die Unter-

gewünscht, als die, die mit dem Kredit im Paket kamen. Ist diese Forderung nun illegitim? Nehmen wir einen zweiten Kredit, durch den der Geldgeber gewisse landwirtschaftliche oder militärische Güter mit fest umrissenen Verwendungszwecken finanziert. Das könnte zum Beispiel die Trinkwasserversorgung für die Bevölkerung eines abgelegenen Landstrichs sein, oder auch der militärische Schutz der Bevölkerung in Gegenden mit hoher und organisierter Kriminalität. Wenn diese Kreditmittel dann für ganz andere Zwecke genutzt werden – sagen wir die Trinkwasserversorgung von in der fraglichen Gegend operierenden Multinationalen Konzernen oder den Transport von Angestellten privater Ölfirmen mit den angeschafften Militärfahrzeugen – wer ist für solchen Missbrauch dann verantwortlich? Ist das alleine Sache des Schuldners? Oder gibt es eine irgendwie geteilte Verantwortung zwischen Gläubigern und Schuldner? Was ist mit Fällen, bei denen Unternehmen und/oder Staatsbedienstete in Geber- wie Schuldner-

ländern gemeinsame Sache gemacht haben, um bestimmten Firmen oder Einzelpersonen Aufträge für nicht brauchbare und sinnvolle Projekte zukommen zu lassen? Manche Kreditverträge existieren noch nicht einmal auf Spanisch und die Verträge sehen vor, dass alle Verhandlungen in der Sprache des Gläubigers erfolgen. Gerichtsstände sind regelmäßig die Gläubigerländer. Verschafft ihnen dies einen unfairen Vorteil gegenüber dem Schuldner?

In anderen Fällen wiederum ist unabweisbar, dass der Schuldner einen wesentlichen Teil der Verantwortung für fehlgeschlagene Projekte trägt. Das gilt zum Beispiel für Projekte, die erhebliche soziale und Umweltschäden verursacht haben, und bei denen die umsetzenden Instanzen des Kreditnehmers internationale soziale und Umweltstandards nicht eingehalten haben. Ein Fall wurde entdeckt, in dem der Gläubiger auf nicht allzu subtile Weise Druck auf den Schuldner ausübte. In diesem Fall wurde Ecuador der Ausschluss von dem günstigen Kreditprogramm des Gläubigerstaates angedroht, falls es nicht einen bestimmten gerade zur Debatte stehenden Kredit- und Kaufvertrag mit einer großen Firma des Gläubigerlandes zu den vorliegenden Bedingungen unterschreibe. Diese Drohung entsprach nicht der Rechtslage des Gläubigerstaates, so dass von einem eindeutigen Fall von Einschüchterung gesprochen werden muss. Keinesfalls unterzeichnete Ecuador aus freiem Willen. Der freie Wille wiederum ist im Vertragsrecht der meisten Staaten eine wichtige Voraussetzung für die Gültigkeit eines Vertrages.

Fünf Schulden Kategorien

Auf Grund solcher „Grauzonen“ hat erlassjahr.de der Kommission vorgeschlagen, die untersuchten Schulden in fünf Kategorien einzuteilen, wobei in jedem einzelnen Fall die Empfehlungen an die ecuadorianische Regierung individuell zu formulieren wären. Diese Kategorien sind:

1. Illegale Schulden. Dies sind Schulden, die gegen geltendes Recht an dem jeweiligen Gerichtsstand verstoßen und deshalb auf dem Rechtswege anzufechten sind.

2. Illegitime Schulden. Dies sind Schulden bei denen die klassischen Kriterien der „Doktrin Verabschueungswürdiger Schulden“ nach A.N. Sack nachgewiesen werden können. Diese Schulden sollten in einem politischen Prozess in Frage gestellt werden mit dem Ziel, sie zur Gänze zu streichen.

3. Teilweise illegitime Schulden. Schulden in dieser Kategorie weisen im Prinzip die gleichen Merkmale auf wie die in Kategorie (2). Mit dem Unterschied allerdings, dass eine erhebliche Mitverantwortung des Schuldners für die negativen Folgen der Kreditvergabe konstatiert werden muss. In solchen Fällen besteht die Empfehlung der Kommission darin, dass der Schuldnerstaat eine teilweise Streichung der bestehenden Forderungen und gegebenenfalls eine Entschädigung aushandelt.

4. Praktiken, die sich nicht wiederholen dürfen. Kredite in dieser Kategorie weisen bei der Aushandlung oder bei der Umsetzung Klauseln oder Verfahren auf, welche sich extrem negativ für den Schuldner ausgewirkt haben und den gesamten Vertrag einseitig zugunsten des Gläubigers gestalten. Trotz dieser Klauseln gibt es allerdings auch positive Auswirkungen für den Schuldner, weswegen man hier nicht von Illegitimität oder Illegalität sprechen und die Forderungen ganz oder teilweise zurückweisen kann. Gleichwohl enthalten sie wichtige Erfahrungen für künftige Kreditaufnahmen. Solche „Lektionen“ sollten von der Regierung des Schuldnerlandes bei künftigen Kreditaufnahmen berücksichtigt werden.

5. Legitime Schulden.

Ecuadors Beispiel zeigt, wie sehr eine solche Kommission helfen kann, Licht in die mitunter obskuren Verfahren vergangener Kreditaufnahmen zu bringen. Die Diskrepanz zwischen vertraglicher und tatsächlicher Verwendung der Kreditmittel, individuelle und institutionelle Verantwortlichkeiten, die Unfairness in manchen Verträgen und im Verhandlungsprozess – zu alle dem können auf der Grundlage des Berichts Empfehlungen für eine verbesserte Praxis in



Ecuador

der Zukunft gemacht werden. Der Prozess hat auch gezeigt, dass es nicht immer um einfache Fragen von „legitim oder illegitim“ geht. Sehr unterschiedliche Faktoren sind zu berücksichtigen, wenn es darum geht, wer an einer bestimmten Fehlleistung „schuld“ ist. Und oft setzen sich Fehlschläge aus einer ganzen Kette von Ereignissen zusammen, an denen Personen, Unternehmen und Regierungen beteiligt sind.

Trotz aller Schwierigkeiten sollte der Prozess andere Schuldner-Regierungen ermutigen, ebenfalls einen kritischen Blick auf ihre eigenen Schuldenstände werfen zu lassen. Das würde mindestens zu mehr Transparenz und öffentlicher Debatte über die Herkunft von Staatsschulden und die Notwendigkeit der Reform internationaler Verfahren führen. Schon das allein wäre ein großer Erfolg. Weiterhin könnten sich Gläubigerregierungen und internationale Finanzinstitutionen durch das ecuadorianische Beispiel dazu herausfordern lassen, auch ihre eigenen Forderungsbestände gegenüber souveränen Schuldnern im Süden einer kritischen Untersuchung zu unterwerfen. Das würde dem im Norden gern erhobenen Ruf nach verantwortliche Kreditvergabe in der Zukunft ein deutliches Mehr an Glaubwürdigkeit verleihen.

Gail Hurley (eurodad),
Jürgen Kaiser

Parlamentarierkampagne in der zweiten Halbzeit



Die „Parlamentarierkampagne zu Illegitimen Schulden und Gläubigermitverantwortung“ wurde von erlassjahr.de zusammen mit anderen Entschuldungskampagnen (u.a. EURODAD, Jubilee-south, Jubilee-USA) und dem *Parliamentary Network on the Worldbank* in Südafrika erarbeitet. Das Ziel der internationalen Kampagne ist es, möglichst viele Parlamentarier davon zu überzeugen, sich gegen eine Wiederho-

lung der verfehlten Kreditvergabe an Diktatoren und für unsinnige Großprojekte einzusetzen. Gesah genau dies doch in den achtziger Jahren sehr häufig auch mit Wissen und Billigung der Gläubiger, was einen nicht un-wesentlichen Faktor für die Schuldenkrise des Südens darstellte. Die Kampagne wird derzeit neben erlassjahr.de auch von zahlreichen weiteren Entschuldungsbündnissen rund um den Globus vorange-

trieben. Die jeweils aktuellsten Informationen rund um die Kampagne und den Stand der Unterschriften können Sie auf unserer Internetseite einsehen:

<http://www.erlassjahr.de/aktionen/parlamentarier-erklaerung/>

Die internationale Kampagne finden Sie unter:

<http://www.debtdeclaration.org/>

Die Parlamentarierkampagne läuft nun schon seit ca. 8 Monaten und hat innerhalb der etablierten Parteien (insbesondere SPD, CDU und FDP) für eine gewisse Unruhe gesorgt. Mit Ende der parlamentarischen Sommerpause haben wir unsere Zielmarke von 60 MdB zu 50 % erreicht. In den letzten Wochen haben die Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Claudia Roth, der SPD Abgeordnete Ulrich Kelber aus Bonn und Hüseyin-Kenan Aydin von der Fraktion Die Linke die Erklärung unterschrieben, ebenso wie Anna Lührmann von Bündnis 90/DieGrünen. Die 30. Unterschrift kam von Uwe Schummer von der CDU. Dies macht Mut, jetzt noch einmal vor der DOHA-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung, welche Ende November stattfindet (siehe S.3/4), Parlamentarier gezielt anzusprechen bzw. auch diejenigen noch einmal zu kontaktieren, die bisher nicht geantwortet haben. Bis dato wurden ca. 85 MdB von Mitträgern und vom ej-Büro angeschrieben. Der Rücklauf der Unterschriften ist vor diesem Hintergrund sehr gut. Jetzt gilt es noch einmal die Kräfte zu bündeln, und die MdB anzuschreiben, die bisher noch nicht kontaktiert wurden.

Der bisherige Stand der Parlamentarierkampagne sieht so aus, dass 7 Abgeordnete der SPD, 3 Abgeordnete der CDU, 11 Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, 8 Abgeordnete der Linken und 1 Abgeordneter der FDP die Parlamentariererklärung unterschrieben haben.



MdB Nüsslein im Gespräch mit EntschuldungsaktivistInnen aus Bayern

Ebenso freut uns natürlich, dass der CDU-Abgeordnete und erste Unterzeichner der Parlamentariererklärung, Peter Weiß, in seiner Eigenschaft als Sprecher des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) im Vorfeld der öffentlichen Anhörung im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit (AwZ) Anfang Juni die Forderung nach weitgehendem Schuldenerlass unterstützte: *„Um Fortschritte beim internationalen Schuldenerlass zu erreichen, ist die Frage nach sogenannten Illegitimen Schulden berechtigt, denn sie stellen die Legitimität eines Teils der bestehenden Kreditvereinbarungen in Frage und sehen erstmals auch die Gläubiger in der Mitverantwortung.“*

Unterstützt wird die Kampagne auch indirekt von dem demokratischen US-Präsidentschaftskandidaten, Barack Obama: Er will im Falle seiner Präsidentschaft dem Thema illegitime Schulden eine hohe Gewichtung einräumen. In seinem Strategiepapier zur „Förderung der globalen Entwicklung

und der Demokratie“ legt er sich deutlich fest: *„Als Präsident wird Barack Obama das Thema „odious debts“ (verabscheuungswürdige Schulden) multilateral angehen und Untersuchungen vorantreiben, wie durch Kreditsanktionen (loan sanctions) Anreize geschaffen werden können, die private Kreditgeber davon abhalten, repressiven und autoritären Regimen Geld zu leihen.“*

Wir erhalten also Unterstützung von prominenter Seite.

Zahlreiche Abgeordnete haben mit Hinweis auf die öffentliche Anhörung zu illegitimen Schulden mit ihrer Unterschrift unter die Parlamentariererklärung gezögert. Insbesondere die Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP, aber auch einige Abgeordnete der SPD. Ebenso ist festzustellen, dass nach der Anhörung Anfang Juni die Anzahl der Unterschriften zur Parlamentariererklärung abgenommen hat.

So haben Mitträger und das Büro Standardbriefe, insbesondere seitens der CDU/CSU und der FDP erhalten, die eine Unterschrift zur Erklärung verneinten.

Das Hauptargument der **CDU/CSU** war, dass die Legitimität von Krediten rückwirkend in Frage zu stellen sowohl rechtlich als auch ökonomisch als problematisch anzusehen sei, weil damit der Kreditzufluss an Länder des Südens beeinträchtigt werden könnte. Auf unsere Gegenfrage, warum ein gleicher Effekt nicht auch gegen bei uns unumstrittene Rechtstatbestände wie „Sittenwidrigkeit bei der Kreditaufnahme“ spricht, erhielten wir von der Fraktion bislang keine Antwort.

Das Hauptargument der meisten **MdB** der **FDP** die Erklärung nicht zu unterzeichnen ist, wenn auch etwas unverständlich, dass die Frage des Erlasses von Illegitimen Schulden nicht weit genug geht und dass die Ent-



MdB Kelber hat unterschrieben

schuldung einhergehen muss mit Veränderungen im Finanz- und auch Rechtssystem. Warum dies ein Grund ist, die Erklärung nicht zu unterschreiben, bleibt das Geheimnis der FDP.

Die Reaktion der **SPD** ist eher abwartend, einige **MdB** unterschreiben, andere sehen diese Aktion (wie z.B. Frau Zypries) als eher plakativ an. Interessant ist jedoch, dass die SPD eine parlamentarische Initiative (Bundestagsantrag) zum Thema „Erlass Illegitimer Schulden“ ergreifen möchte, was wir nur unterstützen können.

Hartmut Kowsky

Wenn es konkret wird mit den Illegitimen Schulden...



Vorstellung der Studie in Berlin

Wenn wir denn wirklich mal einen Fall illegitimer Schulden hätten, könnten wir uns ja gern noch mal bei ihm melden, sagte uns der Staatssekretär im Finanzministerium Thomas Mirow beim Studientag zu diesem Thema Anfang 2007, nachdem er uns dargelegt hatte, dass der BMF sich genau dies überhaupt nicht vorstellen könne.

erlassjahr.de, der EED und die Evangelische Kirche von Westfalen, die Herrn Mirow gemeinsam eingeladen hatten, fanden das eine gute Idee, und an einer geeigneten Konkretion fehlte es uns auch nicht: 1992 hatte der damalige Bundeskanzler Kohl seinem engen Freund, dem Indonesischen Diktator Suharto, die halbe DDR-Marine verkauft. Heftige Warnungen von der damaligen SPD-Opposition, von der Weltbank von der Regierung Portugals (als ehemaliger Kolonialmacht des damals noch von Indonesien besetzten Osttimor) und zahlreichen indonesischen und deutschen Menschenrechtsorganisationen, dass Indonesien die Schiffe in den internen Konflikten des Landes einsetzen werde, fruchteten nichts. Entschlossen wurde der Deal von den Deutschen durchgezogen. Dass das deutsche Kriegsgerät tatsächlich für Mord und Totschlag in Aceh, Ost-Timor, West-Papua und auf den Molukken eingesetzt wurde, ist seither umfassend dokumentiert worden.

Da diese Informationen auch der Bundesregierung schon seit langem bekannt sind, gingen wir einen Schritt weiter und beauftragten den renommierten Wiener Völkerrechtler Prof. August Reinisch mit einem Rechtsgutachten zu der Frage, ob die verbliebenen 200 Mio • deutscher For-

derungen als „illegitim“ im Sinne der einschlägigen völkerrechtlichen Doktrin einzuschätzen seien.

Sind sie, fand Reinisch. erlassjahr.de und seine kirchlichen Partner stellten das Gutachten Anfang Juni in Berlin der Öffentlichkeit vor.

Ein ganz schlechtes Gutachten, schrieb uns darauf hin das Bundesfinanzministerium, nachdem der Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen Bundesminister Steinbrück um eine Stellungnahme gebeten hatte. Wo Reinisch genau falsch liege, wurde indes nicht mitgeteilt. Allzu deutlich wurde vielmehr, dass zumindest das Finanzministerium noch immer versucht, sich die unangenehme Diskussion mit formalen Einwänden vom Hals zu halten.

Das ist umso bedauerlicher als die Ministerialen mit einigen Einwänden gegen eine pauschale Verurteilung des deutschen Anspruchs als illegitim durchaus recht haben könnten: Die Schiffe wurden für Menschenrechtsverletzungen, aber auch für legitime Zwecke eingesetzt. Überdies würde eine einfache Streichung der deutschen Forderungen nicht mal unbedingt den Opfern der mit deutschen Komplizenschaft begangenen Gewalttaten zugute kommen, sondern womöglich den noch immer in den indonesischen Behörden gut verankerten Verantwortlichen von damals. Auf diese Gefahr haben nicht zuletzt zu Indonesien arbeitende NGOs wie WatchIndonesia hingewiesen.

erlassjahr.de hat deshalb einen Vorschlag für eine Umwandlung der „teilweise illegitimen“ deutschen Forderungen in einen Entschädigungs- und Versöhnungs-Fonds in Indonesien vorgelegt. Damit könnte nach dem einseitigen Erlass fragwürdiger Forderungen an Länder durch Norwegen Ende 2006 auch Deutschland Maßstäbe in der Diskussion um verantwortliche Kreditvergabe setzen. Man müsste sich allerdings trauen.

Jürgen Kaiser

weitere Infos unter:

<http://www.erlassjahr.de/themen/illegitime-schulden/nva-schiffe.html>

Armut kann einpacken

Am 25. September fand in New York ein hochrangiges Treffen zur Halbzeitbilanz der Millennium Entwicklungsziele (MDG) statt. Die Millennium Entwicklungsziele wurden am 18. September 2000 von 189 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verabschiedet und verfolgen als Hauptziel die Halbierung der extremen Armut bis zum Jahre 2015.

Im Vorfeld des New Yorker Treffens hatte erlassjahr.de gemeinsam mit zahlreichen anderen deutschen entwicklungspolitischen Bündnissen einen Schattenbericht erarbeitet, welcher die Umsetzung der MDGs durch die Bundesregierung kritisch überprüfte. Ein komplettes Kapitel dieses Berichtes befasst sich mit dem Thema Schulden.

Der Schattenbericht wurde kurz vor der Abreise von Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul nach New York an sie übergeben. Im Rahmen einer Pressekonferenz in Berlin erhielt die Ministerin zudem unter dem Motto 'Armut kann einpacken' einen Koffer, der zahlreiche symbolische Gegenstände enthielt, welche sie an die Erfüllung der MDGs erinnern soll. erlassjahr.de hatte einen Schuldschein in den Koffer gepackt, der die Bundesregierung zu weiteren Schuldenerlassen auffordert. Ebenfalls im Koffer befanden sich z.B. eine (Handels-)Schranke, eine überdimensionale Tablette, ein Moskitonetz und eine kleine Schultafel. Den Schattenbericht erhielt auch Gernot Erler, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, der den Bericht stellvertretend für Außenminister Frank-Walter Steinmeier entgegennahm, der ebenfalls nach New York reiste.

Im Rahmen eines parlamentarischen Abends wurde der Bericht zudem interessierten Bundestagsabgeordneten präsentiert. Ergänzend fanden Gespräche und eine Präsentation der beteiligten Bündnisse statt.

Das New Yorker Treffen selbst brachte indes nur wenig neue, verbindliche Zusagen. Rund 16 Milliarden US-Dollar wurden laut UN-Generalsekretär Ban Ki-moon von den UN-Mitgliedstaaten sowie privaten Organisationen und Stiftungen zugesagt. Der Hauptanteil des Geldes soll



Ministerin Wieczorek-Zeul mit dem erlassjahr.de Schuldschein

in Maßnahmen zur Ernährungsicherheit, zur Bekämpfung von Malaria sowie in Maßnahmen zur Senkung der Mütter- und Kindersterblichkeit fließen. Dabei bleibt jedoch fraglich, woher diese zusätzlichen Mittel kommen sollen: in den meisten Haushalten der Industriestaaten wird derzeit gerade im Entwicklungsbereich eher eingespart als aufgestockt. Zudem blieb offen, ob die Zusagen tatsächlich komplett neue Gelder sind oder doch nur Wiederholungen schon einmal getätigter Zusagen.

Dennoch war das Treffen in New York wichtig, denn es brachte das Thema zurück in die internationalen Medien und in die Diskussionen auf der politischen Ebene. Es bleibt zu hoffen, dass der entstandene Schwung bis zur Entwicklungsfinanzierungskonferenz in Doha anhält. Schließlich stehen dort strukturelle Änderungen für die wirksame Finanzierung von Armutsbekämpfung auf der Agenda, die in New York nicht behandelt worden sind.

Björn Lampe



Den Schattenbericht sowie den aktuellen erlassjahr.de Flyer zu den Millennium-Entwicklungszielen können Sie im Büro bestellen oder herunterladen:

www.erlassjahr.de/mdg

Neues aus dem Bündnis

Willkommen!

Auch wenn erlassjahr.de mit seiner Festschrift und dem grossen zehnjährigen Jubiläum der Kölner Kette im



nächsten Jahr sicherlich einiges zu Feiern hat und in die Vergangenheit blicken kann, ist dies doch nichts im Vergleich zu dem neusten Mitträger der erlassjahr.de Kampagne: Die Katholische Kirchengemeinde St. Johannes Ev. aus Wäschensbeuren hat im letzten Jahr nämlich das 500. Jubiläum gefeiert. Herzlichen Glückwunsch nachträglich von unserer Seite und herzlich willkommen im Bündnis. Unter www.kathkirche-waeschensbeuren.de kann man mehr über die Gemeinde erfahren und es lohnt sich bei den Terminen noch mal in die Navigationsleiste zu gucken, denn dort ist ein kleiner Witz versteckt :)

Aus DATA wird ONE

ONE fordert die Regierungen dieser Welt auf, extreme Armut entschieden zu bekämpfen. Über zwei Millionen



Menschen unterstützen ONE. Nicht mit Geld, sondern mit ihrer Stimme. Die Wurzeln der Organisation in Deutschland liegen in der entwicklungspolitischen Lobbyorganisation DATA, die im September 2008 in ONE Deutschland aufging. ONE führt die Aufgaben DATAs im Bereich der entwicklungspolitischen Interessenvertretung und Analyse weiter und bemüht sich, politische Entscheider von der Notwendigkeit vorausschauender Armutsbekämpfung zu überzeugen. Inhaltliche Schwerpunkte sind neben Schuldenerlass fairer Welthandel, Bildung, Gesundheit und Gute Regierungsführung. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.one.org

... kurz notiert ...



UN-Report warnt vor neuer Schuldenkrise

Der gerade erschienene Report der UN Konferenz zu Handel und Entwicklung zu den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs) und der Zwischenbericht von UNDESA zu den Millennium Entwicklungszielen in seinem Kapitel zu Schuldentragfähigkeit weisen sehr deutlich auf die Gefahren für die entschuldeten wie auch für manche nicht entschuldete Länder durch neue Kreditaufnahmen und externe Schocks in der Folge des weltwirtschaftlichen Abschwungs hin. <http://www.un.org/esa/policy/mdggap/>

Ecuador mit neuer Verfassung

Am 28. September hat die ecuadorianische Bevölkerung für eine neue Verfassung gestimmt. Sie sieht unter anderem ein kostenloses Gesundheitssystem und kostenlose Bildung vor. Gleichzeitig erhält der Präsident mehr Kontrolle über das Parlament, die Wirtschaft und die Währungspolitik. Mehr Informationen dazu in unserem Blog: www.erlassjahr.de/blog

Barack Obama will illegitime Schulden auf die Tagesordnung setzen

Der demokratische US-Präsidentenkandidat Barack Obama will im Falle seiner Präsidentschaft dem Thema illegitime Schulden eine hohe Gewichtung einräumen. In seinem Strategiepapier zur „Förderung der globalen Entwicklung und der Demokratie“ legt er sich deutlich fest: „Als Präsident wird Barack Obama das Thema „odious debts“ (verabscheuungswürdige Schulden) multilateral angehen und Untersuchungen vortreiben, wie durch Kreditsanktionen (loan sanctions) Anreize geschaffen werden können, die private Kreditgeber davon abhalten, repressiven und autoritären Regimen Geld zu leihen.“



erlassjahr.de hat das Strategiepapier von Obama ausführlich analysiert (Fachinfo Nr. 18). Download: www.erlassjahr.de/material-und-publikationen/fach-info/

Termine

31. Oktober

Reformationsfest in der Marktkirche in Essen. erlassjahr.de ist mit einem Infostand vertreten.

3. November

LK-Sitzung in Hannover

22. November

30. Geburtstag des Weltladens Meßstetten in der Festhalle. erlassjahr.de ist mit einem Infostand vertreten.

29. November - 02. Dezember

Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Doha

VORMERKEN:

20. - 24. Mai 2009

32. Deutscher Evangelischer Kirchentag. erlassjahr.de beteiligt sich am Programm und ist vor Ort aktiv.

20. Juni 2009

10 Jahre Kölner Kette. erlassjahr.de feiert das Jubiläum in Köln mit einem Fest auf und an der Domplatte

Wir sind dabei

und werden Mitträger. Wir unterstützen das Bündnis erlassjahr.de durch unsere Mitträgerschaft mit einem normalen Mitträgerbeitrag von Euro (Richtwerte siehe unten). Die Mitträgerschaft beginnt sofort und kann jederzeit durch die Mitträgerorganisation gekündigt werden.

Organisation:
 Kontaktperson:
 Anschrift:
 PLZ, Ort:
 Telefon:
 Fax:
 E-Mail:
 Homepage:

Richtwerte für den jährlichen Mitträgerbeitrag:

50 Euro für Eine-Welt- und Agenda-Gruppen
 100 Euro für Kirchengemeinden, kleine Kommunen, Netzwerke, NGOs
 250 Euro für Dekanate, Kirchenkreise, Verbände, größere Kommunen
 500 Euro für Landeskirchen und Diözesen

.....
 Ort, Datum, Unterschrift

bitte ausgefüllt senden an:

erlassjahr.de, Carl-Mosterts-Platz 1, 40477 Düsseldorf
 Fax: 0211 46 93 197



Die erlassjahr.de Kampagne 2009

Die roten Ballons der "illegitime Schulden streichen"-Kampagne, die erlassjahr.de Aktivisten im Jahre 2007 unter anderem zum G8-Gipfel nach Heiligendamm und zum Kirchentag nach Köln begleitet haben, sind eingepackt. In diesem Jahr hat das Bündnis etwas Luft geholt und statt mit einer großen Kampagne mit kleinen Nadelstichen, wie etwa den Postkarten zur Doha-Aktion (siehe Seite 3) agiert. Doch 2009 startet erlassjahr.de wieder in etwas größerem Umfang durch. Hintergrund sind zahlreiche Großereignisse, die für uns Entschuldungsaktivisten von Bedeutung sind. Dazu zählen u.a. die Europawahl, der Kirchentag in Bremen und der G8-Gipfel in Italien, besonderes Augenmerk gilt aber der Bundestagswahl, die voraussichtlich im September 2009 stattfinden wird. Auf all diese Ereignisse wollen wir mit unserem Themenspektrum Einfluss nehmen und dabei insbesondere unser Hauptziel - das faire und transparente Insolvenzverfahren - vorantreiben.

Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzkrise wird vielerorts der Ruf nach einer verstärkten Regulierung des Finanzmarktes lauter - eine Forderung, die erlassjahr.de bereits seit Jahren stellt und zu der wir in Hinsicht auf ein internationales Insolvenzverfahren für verschuldete Staaten auch einen konkreten Vorschlag eingebracht haben.

Daher rufen wir alle erlassjahr.de Mitträger und Unterstützer dazu auf diese Forderungen im kommenden Jahr auf die Straße zu tragen: auf Infoständen, bei Gemeindeabenden, im Rahmen von Infoveranstaltungen, bei Kultur-Events uvm. Gerade auch Podiumsdiskussionen mit Bundestagsabgeordneten bzw. Kandidaten sind ein guter Ort, um unseren Forderungen Gehör zu verschaffen.

Dabei wollen wir auch die Vielfalt des Bündnisses offen nach außen tragen:

bunte Wimpel sollen unser Erkennungszeichen 2009 werden und gleichzeitig sollen die Wimpel als Protestform genutzt werden. Auf die immer länger werdenden Ketten sollen die Besucher unserer Veranstaltungen ihre Forderungen an die Politik schreiben. Und kurz vor der Bundestagswahl soll dann eine ganz lange Wimpelkette die Abgeordneten und Kandidaten in Berlin an unsere Vorschläge erinnern.

Unterstützt werden wird diese Kampagne durch ein umfangreiches Begleitprogramm, welches Sie nach Ihren Möglichkeiten einsetzen können. Ausführlichere Informationen zur Kampagne selbst und allen Einsatzchancen erhalten Sie Anfang 2009.

Wir würden uns sehr freuen wenn Sie diese Kampagne im kommenden Jahr unterstützen würden! Sprechen Sie Ihre Gemeindemitglieder, Kollegen oder Mitstreiter doch schon einmal an und "warnen sie vor". Vielleicht haben Sie auch eine regelmäßige Publikation, in welcher Sie einen Artikel zur Kampagne einplanen oder gar Material beilegen können? Oder besteht die Chance bei Ihnen vor Ort eine Podiumsdiskussion mit den Bundestagskandidaten durchzuführen? Wir freuen uns über jede Aktivität, die Sie für 2009 im erlassjahr.de-Zusammenhang planen. Gerne unterstützen wir Sie auch bei Ihren Planungen oder kommen zu Ihrer Veranstaltung. Nehmen Sie einfach mit dem erlassjahr.de Büro Kontakt auf!

Natürlich wird es zur Kampagne auch diverse Publikationen und Aktionsmaterialien geben: sollten Sie hierzu einen speziellen Wunsch, ein besonderes Format oder eine größere Stückzahl benötigen, freuen wir uns auf Ihren Anruf (021146 93 196), Ihr Fax (0211 46 93 197) oder Ihre e-mail an buer@erlassjahr.de

Björn Lampe

Jetzt mitdiskutieren:

www.erlassjahr.de/blog



Wussten Sie schon...?

Jeden Monat erscheint unser elektronischer Newsletter und informiert zu allen aktuellen Entwicklungen rund um erlassjahr.de und das Thema gerechte Finanzbeziehungen. Jetzt abonnieren: <http://www.erlassjahr.de/material-und-publikationen/newsletter-abonnieren/> oder kurze Mail an: buer@erlassjahr.de

Impressum

erlassjahr.de

Carl-Mosterts-Platz 1
40477 Düsseldorf
Tel.: 0211 46 93 - 196
Fax: 0211 46 93 - 197
e-mail: buer@erlassjahr.de
www.erlassjahr.de

Redaktion:

Björn Lampe (V.i.S.d.P.), Kristina Kühne,
Martina Peters

Autoren dieser Ausgabe:

Gail Hurley, Patrick Jedamzik, Jürgen
Kaiser, Hartmut Kowsky, Björn Lampe,
Winfried Montz, Wolfgang Schonecke

Fotos:

Gerd Altmann, PIXELIO (S. 8, oben),
barackobama.com (S. 15), Büro Kelber (S.
13), CIA Factbook (S. 11), O. Fischer,
PIXELIO (S. 9), Jürgen Kaiser (S. 10) Björn
Lampe (Titel unten, S. 2, 6, 7, 13, 14),
Winfried Montz (S. 8), Frank Speth (Gra-
fiken Doha-Aktion), Qatar Tourism (S. 4)

Layout:

Björn Lampe

Druck:

Knotenpunkt Offsetdruck GmbH, Buch/
Hunsrück

Der Nachdruck einzelner Artikel ist bei
Nennung der Quellenangabe ausdrücklich
gestattet.

**Wir freuen uns jederzeit über Kritik,
Anmerkungen und Terminhinweise!**

Bankverbindung:

erlassjahr.de e.V.
Bank für Sozialwirtschaft in Köln
Bankleitzahl: 370 205 00
Kontonummer: 8 24 77 00